

Interview mit Dr. Heiner Geißler

Zur Vorbereitung des Wissenswerk-Vortrags

“Politik, Wissenschaft und Moral“

am 8. Mai 2006 in Landshut

Herr Dr. Geißler, in der Ankündigung Ihres Vortrags zitieren Sie Aristoteles, der sagt: Politik ist das Bemühen, ein geordnetes Zusammenleben der Menschen zu ermöglichen. Sind Politiker heute noch das, was Aristoteles oder Platon vorschwebte? Sind Politiker noch Denker oder nur noch Lenker?

Heiner Geißler: Philosophen, die gleichzeitig Politiker sind, hat's ja auch zu Platons Zeiten nicht gegeben. Das war eine Utopie. Allerdings, Carlo Schmidt hat das mal übertrieben gesagt, "Denken kann auch in der Politik nicht schaden". Aber ich sehe das nicht so ironisch. Denken beinhaltet mehrere Aspekte. Man muss in der Politik in der Lage sein, nachzudenken, vorauszudenken. Große Politiker waren immer Genies der werdenden Wirklichkeiten. Gorbatschow etwa. Und man muss in einem ganz bestimmten Sinne auch querdenken. Wir kommen in der Politik nur voran durch These und Antithese.

Politiker als „Genies der werdenden Wirklichkeiten“ ... Wie viel visionäre Begabung müssen diese Genies haben?

Heiner Geißler: Man braucht schon eine prospektive Kraft. Das ist aber im Alltag auch das Problem, das es in der heutigen Politik, zumindest in Deutschland, gibt. Ich hoffe, dass die Verantwortlichen erkennen, dass das schlimmste Defizit der Politik in Deutschland derzeit die Perspektivlosigkeit ist. Man muss Perspektiven entwickeln, die den Menschen wieder Hoffnung geben. Das ist allerdings nicht die Aufgabe der Regierung. Die Regierung muss auf Sicht arbeiten. Die perspektivische Aufgabe müssten die Parteien erfüllen. Durch programmatische Aussagen, allerdings in Verbindung mit der Wissenschaft und mit den gesellschaftlichen Kräften. Mit den Kirchen, den Gewerkschaften.

Welche Rolle käme hierbei der Wissenschaft zu?

Heiner Geißler: Die Wissenschaft hätte eine beratende Funktion. Politik tendiert jedoch dazu, sich monokausale wissenschaftliche Überlegungen zu eigen zu machen. Wie es derzeit in der Wirtschaftspolitik der Fall ist. Vor allem in der Wirtschaftswissenschaft haben wir seit geraumer Zeit eine dominierende Ideologie, die von einer Reihe von wirtschaftswissenschaftlichen Instituten propagiert wird. Ich will sie mal die "spätkapitalistische Ideologie" nennen.

"Spätkapitalistisch" klingt schon fast nach "überholt"...

Heiner Geißler: Das jetzige Wirtschaftssystem ist in der Tat überholt. Ähnlich wie das kommunistische System unter Breschnew – das hat zwar auch noch existiert, war aber total überholt und veraltet. Unser Wirtschaftssystem definiert sich momentan derart, dass der Börsenwert eines Unternehmens umso mehr steigt, je mehr Leute wegrationalisiert werden. Das ist nicht nur unsittlich, sondern auch ökonomisch falsch. Und darüber hinaus auch alles andere als konsensfähig. Womit wir auch schon wieder bei der Perspektivlosigkeit wären.

Könnte diese Perspektivlosigkeit auch damit zusammenhängen, dass die Wissenschaften in beratender Funktion nicht ausgewogen im Politikbetrieb vertreten sind?

Heiner Geißler: Es dominiert die Parteiensoziologie, aber da gibt es ein ausgewogenes Spektrum verschiedener Standpunkte. Da kann man sich wohl nicht beklagen. Allerdings haben

wir ein absolutes Defizit in der Philosophie und in der Theologie. Die kommen in der Politikberatung kaum vor. Das hängt aber insbesondere auch mit der Entwicklung der katholischen Kirche zusammen. Die katholische Kirche hat einst mit einer Reihe von Enzykliken politisch gewirkt. Die Papstencyklika "Rerum Novarum" zum Beispiel, die allerdings zu spät kam, als Antwort auf die alte soziale Frage, oder auch "Quadragesimo Anno", die geschichtlich gesehen die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft vorbereitet hat. Die soziale Marktwirtschaft ist schließlich die erfolgreichste Wirtschafts- und Sozialphilosophie der Wirtschaftsgeschichte geworden. Das war ein geistiges Bündnis auf ethischem Fundament zwischen der Freiburger Schule um Walter Eucken und der katholischen Soziallehre und evangelischen Sozialethik. Das war eine Symbiose von Wirtschaftswissenschaften, Marktwirtschaft und den Vorstellungen einer sozial gerechten Ordnung. Soziale Marktwirtschaft bedeutete, nach Ludwig Erhard, "geordneter Wettbewerb". Garantiert durch die staatliche Ordnung. Kartellgesetze, Fusionskontrolle. Jeder wusste: Wenn es keinen geordneten Wettbewerb gibt, haben kleine und mittlere Betriebe keine Chance mehr. Nun ist dies aber gerade der Trend der Zeit. Was damit zusammenhängt, dass die Ökonomie globalisiert ist, sich dem Ordnungsrahmen des Nationalstaats entzogen hat und nun vagabundiert. Plötzlich werden Werte als absolut gesetzt, die vorher eingebunden in eine Ordnung waren. Jetzt dominiert der Aktienkurs. Diese Shareholder-Value-Philosophie kennt eben keine Ordnung. Das ist eine Welt der Anarchie, ohne Gesetze, ohne Regeln, ohne soziale Übereinkünfte.

Wie kann dann aber ein nationalstaatlich gebundener Politiker in einer Welt ökonomischer Anarchie noch glaubwürdig sein, wenn er Perspektiven bieten will?

Heiner Geißler: Glaubwürdigkeit ist keine Kategorie der Perspektive. Glaubwürdigkeit ist eine Kategorie des Verhaltens. Glaubwürdigkeit bedeutet die Identität von Denken, Reden und Handeln. Diese Identität ist eben in der politischen Praxis weitgehend abhanden gekommen, weil die Menschen den Eindruck haben, dass die politisch Verantwortlichen anders reden als sie handeln. Oder umgekehrt. Man kann noch hinzufügen, dass sie auch anders handeln, als sie in den Augen der Leute handeln sollten. Es gibt eben nicht nur eine Loyalität von unten nach oben, die sich aus dem Verhältnis der Staatsbürger zu den von ihnen gewählten ergibt. Sondern es gibt auch eine Loyalität von oben nach unten. Regierungen haben den Wählerinnen und Wählern gegenüber auch eine Verpflichtung: glaubwürdig zu sein, jungen Leuten ein Vorbild zu sein. All das wird nicht nur vernachlässigt, sondern ganz bewusst missachtet.

Gibt es für einen Repräsentanten der Staatsbürger, wie Sie ihn eben skizziert haben, auch eine letzte Verpflichtung vor etwas, was man Wahrheit nennen könnte?

Heiner Geißler: Im philosophischen Sinne nicht. Politik kann nicht letzte Wahrheiten liefern. Allenfalls vorletzte. In dem Moment, wo Politik anfängt, Wahrheiten zu verkünden oder durchzusetzen, sind wir im Bereich islamischer und christlicher Ajatollahs. Darum kann es nicht gehen. Es geht - zurück zu Aristoteles - um die Ordnung des Zusammenlebens. Das friedliche Zusammenleben verbietet es ja geradezu, den Menschen spezielle Wahrheiten aufzudrücken. Dadurch entsteht nur Unfrieden. Das hat den Keim diktatorischer Entwicklung in sich. Wichtiger ist, dass sich die Politik an bestimmten Werten orientiert. An Werten, die ganz allgemein akzeptiert werden können und akzeptiert werden müssen. Das ist die Frage nach dem Schutz der Menschenwürde und den daraus resultierenden Werten: der Freiheit, der Gleichheit aller vor dem Gesetz und der Solidarität. Ein Staatswesen ist umso glaubwürdiger und moralischer und freier, je solidarischer seine Gesellschaft ist. Die Achtung der Menschenwürde ist eine Verpflichtung aus der Kenntnis heraus, was der Mensch ist.

Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind nicht unbedingt Werte der ökonomisch globalisierten

Welt. Stellt sich angesichts der Globalisierung eigentlich die Frage nach einem neuen Typ des demokratischen Politikers?

Heiner Geißler: Würde ich nicht unbedingt sagen. Er muss nur in der Lage sein, global zu denken und auch global zu handeln.

Das sagt sich so leicht...

Heiner Geißler: Aber wenn das nicht geschieht, dann steuert die Politik ins Elend. In den vergangenen Jahrhunderten ist das ja mehrmals passiert, weil die falschen Perspektiven entwickelt worden sind. Das ist heute nicht anders. Die heutige Zeit gleicht der Zeit vor 200 Jahren. Damals war's der Übergang von der feudalistischen Agrargesellschaft zur industriellen Gesellschaft, als die alte soziale Frage entstand, und die damaligen Verantwortlichen – Fürsten, Könige, Bischöfe – diese soziale Frage einfach nicht kapiert haben. Die Antwort lieferte dann das Kommunistische Manifest 1848. Die Enzyklika "Rerum Novarum" kam ja erst 43 Jahre später - 1891. Und dann hat es 140 Jahre gedauert, bis das Gespenst des Kommunismus vertrieben war, - wobei es immer noch nicht ganz weg ist. Jetzt stehen wir vor einer ähnlich gravierenden Frage: Mitten im Übergang von der Nationalökonomie zur globalen Ökonomie. Die Frage ist, ob wir zu den Leuten gehören, die einen Fehler immer zwei- bis dreimal machen müssen, bevor sie kapieren, was zu tun ist. Das große Defizit ist: Die Politik ist nach wie vor national konzipiert, die Ökonomie hingegen längst global. Ist ja wohl keine Frage, wer da am längeren Hebel sitzt. Es gibt nur einen Ausweg: Auch die Politik muss sich globalisieren. Wir brauchen eine internationale soziale Marktwirtschaft. Wenn wir auf globaler Ebene keinen geordneten Markt haben, herrscht ein gefährliches Chaos. Vor allem in der Finanzindustrie.

Politik, Wissenschaft, Moral – Wie hängen für Sie diese Begriffe zusammen?

Heiner Geißler: Politik ohne Moral wird wetterwendisch und unberechenbar. Die Wissenschaften bilden sozusagen die Leitplanken für die Politik, damit die Politik nicht total in die Irre geht.